

UWE THAYSEN: Sein Wirken an der Universität Lüneburg

Uwe Thaysen war erst 33 Jahre alt, als er 1974 die damals einzige Professur für Politikwissenschaft an der Pädagogischen Hochschule in Lüneburg annahm. Die Berufung war der Beginn eines mehr als dreißigjährigen unermüdlichen und verdienstvollen Einsatzes für die heutige Leuphana Universität Lüneburg.

Von 1979 bis 1981 war Uwe Thaysen als Rektor der damaligen Hochschule Lüneburg maßgeblich am Ausbau der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften beteiligt. Auf sein unaufhaltsames Drängen hin wurde beschlossen, neben den bestehenden pädagogischen Fächern, zwei neue wirtschaftswissenschaftliche Studiengänge einzurichten und Lüneburg zu einem Standort für die Mittelstandsforschung zu machen. In jenen Jahren ist es Uwe Thaysen – zusammen mit Vertretern der regionalen Politik und Wirtschaft – gelungen, die Mittel für die Neueinrichtung von zwölf Professuren im Bereich der Wirtschafts-, Sozial- und Rechtswissenschaften beim niedersächsischen Wissenschaftsministerium zu beschaffen. Als Politologe hat er sich in den Jahren 1982/83 sofort dem neu gegründeten Fachbereich für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften angeschlossen und war zunächst Mitglied der Aufbaukommission, zuständig für die Neuberufungen der Professuren, und danach langjähriges Mitglied im Fachbereichsrat .

Nach dem erfolgreichen Aufbau des neuen Fachbereichs fand Uwe Thaysen in den achtziger Jahren endlich die notwendige Zeit, seiner akademischen Leidenschaft nachzugehen: der Parlamentarismusforschung. Es entstanden zahlreiche einschlägige Publikationen in deutscher und englischer Sprache, die den politikwissenschaftlichen Standort Lüneburg auf die internationale Landkarte setzte. Unmittelbar nach Grenzöffnung zwischen Ost- und Westdeutschland folgte die intensive wissenschaftliche Beschäftigung mit der „Deutschen Vereinigung“ in den neunziger Jahren.

Hochschulpolitisch wurde Uwe Thaysen im Jahr 1999 erneut aktiv, nachdem die damalige Hochschulleitung versuchte, die gesamte Universität auf die Einhaltung der sogenannten „AGENDA 21-Leitlinien“ zu verpflichten. Zusammen mit einigen Mitstreitern verwehrte er sich gegen die Bezeichnung einer „Agenda-21 Universität“. Die Leitlinien, in denen der Anspruch der „Nachhaltigkeit“ als Prinzip des infinitiven Diskurses gesehen wurde, bewertete

er als „wissenschafts-“ und „demokratieavers“. Mit dem „Einschwören ganzer Fachbereiche“ auf das „Nachhaltigkeitsprinzip“ sah Uwe Thaysen sein höchstes Gut, die Freiheit der Wissenschaft, in Gefahr. Mit großer Überzeugungskraft und rüchhaltlosem Engagement konnte er verhindern, daß die Universität Lüneburg zu einer „Agenda –21 Universität“ wurde.

Nach der Beschlußfassung des neuen Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) durch den Landtag machte die Universität im Jahr 2003 von ihrem Recht Gebrauch und beantragte die Umwandlung in eine Stiftungsuniversität, die daraufhin in Lüneburg eingerichtet wurde. Als Folge dieser Umwandlung mußte die Universität eine neue Grundordnung beschließen. Uwe Thaysen, damals Senator der Universität Lüneburg, erkannte sofort die Gefahren des neuen Hochschulgesetzes und äußerte sich am 7. August 2003 gegenüber den Mitgliedern der Grundordnungskommission wie folgt:

„Das neue NHG wird vielfach wegen der darin eröffneten gesteigerten Steuerungspotentiale gepriesen. Diese werden auch als Autonomiegewinne gefeiert. Dabei handelt es sich, wenn es gut geht, (aber) im wesentlichen (nur) um Zugewinne an Steuerung für die Universität in ihrer Gesamtheit gegenüber dem Staat (...). Partiiell Substrat des Souveräns ist der Stiftungs- und Hochschulrat geworden. Soweit die derzeitige Ausgangslage.

Vor hier an stellen sich uns aktuell die Fragen, wer oder was die Universität in ihrer Gesamtheit ist. Das NHG gibt darauf eine in der Tendenz m.E. autoritäre Antwort: Es mehrt vor allem die Autonomie der Hochschulspitzen und befördert damit zumindest potentiell die Entfernung/Entfremdung/Mediatisierung der Hochschulleitung von der Gesamtheit ihrer jeweiligen „Unternehmung“, früher als Universitäten, auch als Gelehrtenrepubliken, im essentiellen Unterschied zu diesen begriffen.

Die Notwendigkeit der Steigerung universitärer Steuerungspotentiale ist unbestritten. Im NHG aber hat sie allzu simplen Niederschlag als top-down Instrumentarium gefunden (...). Damit alleine läst sich die Kreativität einer Universität nicht steigern, auf Dauer nicht einmal deren quantitative Produktivität. Um der Innovationssteigerung willen wird man sich – umgekehrt: bottom-up – inneruniversitär massiv des Prinzips der Subsidiarität vergewissern müssen. Dazu sind wir in der Grundordnungskommission mit der Institutionalisierung von Fakultäten, vor allem aber mit der Dekanekonferenz, auf dem richtigen Weg.“

In stilistischer Anlehnung an die EU-Konvents-Entwürfe hat Uwe Thaysen akribisch genau und mit großer juristischer Feinjustierung (teilweise gegen den massiven Widerstand der Hochschulleitung) maßgeblich an der Entstehung einer demokratische Grundordnung mit starken partizipativen Elementen beigetragen, die den Mitgliedern der Universität ein nicht unbeträchtliches Stück Restautonomie gegenüber der zentralverwaltenden Hochschulleitung sichern konnte.

Unmittelbar nachdem die neue Grundordnung für die Universität im Senat verabschiedet wurde, verkündete die Landesregierung im Herbst 2003, dass die Universität mit der ortsansässigen Fachhochschule Nordostniedersachsen fusioniert werden sollte. Uwe Thaysen, der im Kern mit der Fusion der beiden Institutionen nicht einverstanden war, entwickelte sich fortan als Advokat universitärer Standards. Seine große Sorge bestand darin, dass die Universität das Niveau einer Fachhochschule annehmen würde. Entsprechend initiierte er als Senator einen vom Senat getragenen Vorschlag zur Ausgestaltung des niedersächsischen Fusionsgesetzes mit dem Ziel, dass das Gesetz nicht ohne Beteiligung der Betroffenen gemacht werden dürfe. Schliesslich wurden in das vom Landtag verabschiedete Fusionsgesetz zahlreiche Anregungen von Uwe Thaysen aufgenommen.

Nach der Fusion beider Hochschulen am Lüneburger Standort mußte die erst jüngst in der "Alt" Universität beschlossene Grundordnung den neuen Gegebenheiten angepasst werden. Auch hier übernahm Uwe Thaysen erneut die Federführung. Zusammen mit einem Kollegen aus der "Alt" Fachhochschule ist er weiterhin für seine Grundideen eingetreten, wozu vor allem die Subsidiarität und das Aufrechterhalten der Fakultäten zählte. Mit der Annahme der Grundordnung durch den Senat der fusionierten Hochschulen im Oktober 2005 hat Uwe Thaysen entscheidend am "Grundgesetz der neuen Universität Lüneburg" mitgewirkt. Der Geist der neuen Grundordnung trägt eindeutig seine Handschrift.

Uwe Thaysen hat über den gesamten Zeitraum seines akademischen Wirkens an der Universität Lüneburg mit analytischer Treffsicherheit die bestehenden Probleme in gesetzlichen Entwürfen und legislativen Prozessen stets sofort erkannt. Ihm konnte man in der parlamentarischen Arbeit, sei es im Fachbereichsrat oder im Senat, nichts vormachen und nichts verheimlichen. Dabei war Uwe Thaysen in seinen Reaktionen auf die hochschulpolitischen Herausforderungen stets ein echter Nordfrieze: er war unbeugsam und hart in der Sache, wenn es denn notwendig war, aber auch konsensusorientiert, wenn es dem Gemeinwohl dienlich war. Als Mitglied des Fachbereichs und als Senator war er ein streitbarer Geist und steter Kämpfer für Selbstbestimmung und Autonomie der Hochschule und deren Mitglieder. Integrität und Zuverlässigkeit waren für ihn ebenso eine Selbstverständlichkeit wie Verantwortung zu übernehmen für das Wohl "seiner" Universität. Mit Leidenschaft hat er stets über die "innere Hygiene" und die Einhaltung von Normen und Formen an der Universität Lüneburg gewacht. Dabei war er in seinem Handeln maßgeblich geleitet von den Gedanken zweier großer Persönlichkeiten. Von Alexis de Tocqueville hat er

gelernt, dass der Zustand der Demokratie dauernd überwacht werden muss und ständig korrekturbedürftig ist. Und mit Max Weber hätte er sagen können, dass er unausgesetzt an die öffentlichen Dinge denke und dabei berücksichtige, dass Politik das langsame Bohren dicker Bretter mit Leidenschaft ist.

Ideologisch passte Uwe Thaysen in keine "Schublade". Als hochschulpolitisch engagierter Professor konnte er weder einem rechten noch einem linken Flügel zugeordnet werden. Er war liberal, wenn es darum ging, einzelne Kollegen und Kolleginnen gegen die Angriffe der Hochschulleitung oder des Ministeriums aufrichtig zu verteidigen. Konservativ war er insofern, als er von den Kolleginnen und Kollegen eine Treue gegenüber der Universität als Institution und eine Akzeptanz der universitären Kompetenz- und Verfahrensregeln erwartete.

Neben seiner zeitkonsumierenden Tätigkeit in Hochschulgremien hat sich Uwe Thaysen besonders für den Auf- und Ausbau des 2003 neu gegründeten "Zentrums für Demokratieforschung" eingesetzt. Aus einer politikwissenschaftlichen "Ein-Mann-Institution" entstand im Verlauf der vergangenen zehn Jahre ein Team von drei weiteren politikwissenschaftlichen Professuren sowie fünf wissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Für diesen Personenkreis, aber auch für seine zahlreichen Doktoranden, war Uwe Thaysen ein hoch respektierter Kollege und Lehrer, der vor allem wegen seiner kritischen Urteilskraft im publizistischen Bereich eine Autorität darstellte. Er hat stets größten Wert darauf gelegt, seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu fördern, ihnen akademische und wissenschaftliche Standards zu vermitteln und ihnen bei der Suche nach beruflichen Möglichkeiten innerhalb und außerhalb der Universität behilflich zu sein.

Über die fachliche Betreuung und Beratung hinaus, die auch allen Studierenden der Studienstiftung des Deutschen Volkes an der Universität Lüneburg zu Gute kam, war es Uwe Thaysen ein großes Anliegen persönlichkeitsbildende Werte, wie Gradlinigkeit und Loyalität aber auch Ausdauer und Disziplin, zu vermitteln. Ferner forderte er – wie selbstverständlich - von Kollegen und Mitarbeitern ein hochschulpolitisches Engagement ein. So hat er alle politikwissenschaftlichen Fachvertreter gelehrt, dass man sich an wichtigen hochschulpolitischen Entscheidungsprozessen beteiligen muss, dass Partizipation für echte Demokraten ein hohes Gut ist, das es gilt in Universitätsgremien zu verteidigen, und dass keiner zurückschrecken darf, sondern durchhalten muss, wenn es einmal hart kommt. Vor

allem hat er jedoch die These vertreten, dass gegen jegliche Willkür innerhalb und außerhalb der Universität hart und mit dem höchsten Engagement gekämpft werden müsse.

Seine Tätigkeit als Hochschullehrer hat ihm stets Freude gemacht. Er konnte sich keinen besseren Beruf vorstellen. Dabei zählte er zu einer Spezies von Professoren, die es an deutschen Universitäten nur noch sehr selten gibt. Er konnte druckreif und frei dozieren und benötigte weder “Overhead-Folien” noch “Power-Point-Präsentationen”, um einen komplexen Sachverhalt verständlich darzustellen. Von den Studierenden hat er stets ein gesichertes Urteil zu einem Sachverhalt erwartet, dass auf solidem Fach- und Sachwissen basieren musste. Mit “Flachbrettbohrern” und “Heissluftproduzenten” konnte er nicht umgehen.

Uwe Thaysen war ein großer akademischer Lehrer, aber er hat keine “Schule” gegründet. Seine zahlreichen Doktoranden, wissenschaftlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sowie seine zwei Habilitanden vertreten politisch und wissenschaftlich durchaus unterschiedliche Standpunkte. Ihnen allen ist jedoch gemein, dass sie die grundlegenden Werte von Uwe Thaysen und dessen politisches Engagement für “Fairness und Freiheit” an der Universität und in anderen Institutionen teilen. Unzählige Male hat er darauf hingewiesen, dass “Der Wind der Freiheit” weiter wehen müsse, den Ulrich von Hutten bekanntlich zur Verteidigung von Luther vor dem Reichstag zu Worms bemühte: *“videtis illam spirare libertatis auram.”*

Ferdinand Müller-Rommel